

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
6 — 68070 — 5671/63

Bonn, den 7. Juni 1963

An den Herrn
Präsidenten des Deutschen Bundestages

**Betr.: Unterrichtung der gesetzgebenden Körperschaften gemäß
Artikel 2 des Gesetzes zu den Gründungsverträgen der
Europäischen Gemeinschaften
hier: Agrarpolitik in der Europäischen Wirtschafts-
gemeinschaft**

Gemäß Artikel 2 Satz 2 des Gesetzes zu den Verträgen vom
25. März 1957 zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft vom
27. Juli 1957 übersende ich als Anlage den Vorschlag der
Kommission der EWG für eine

**Verordnung des Rates zur Änderung der Futtergetreide-
menge, die zur Erzeugung von einem Kilogramm Hühner
erforderlich ist, und zur Änderung des Einschleusungs-
preises für geschlachtete Hühner.**

Dieser Vorschlag ist mit Schreiben des Herrn Präsidenten der
Kommission der EWG vom 28. März 1963 dem Herrn Präsi-
denten des Rates der EWG übermittelt worden.

Die Anhörung des Europäischen Parlaments und des Wirt-
schafts- und Sozialausschusses zum genannten Kommissions-
vorschlag ist nicht vorgesehen.

Der Rat hat den Entwurf bereits in seiner Sitzung am 30. Mai
1963 beraten, ohne einen Beschluß zu fassen. Die Beratungen
werden voraussichtlich in der nächsten Sitzung am 18. Juni 1963
fortgesetzt.

Für den Bundeskanzler
Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
Blank

**Verordnung des Rates
zur Änderung der Futtergetreidemenge, die zur Erzeugung von
einem Kilogramm Hühner erforderlich ist, und zur Änderung
des Einschleusungspreises für geschlachtete Hühner**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN
WIRTSCHAFTSGEMEINSCHAFT —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung Nr. 22 des Rates über die schrittweise Errichtung einer gemeinsamen Marktorganisation für Geflügelfleisch, insbesondere auf Artikel 3 Absatz (6) Unterabsatz 1 Satz 2 und Artikel 6 Absatz (1) Unterabsatz 1,

auf Vorschlag der Kommission und
in Erwägung nachstehender Gründe:

Der Rat hat durch die Verordnungen Nr. 33 und 41 die Futtergetreidemenge festgesetzt, die zur Erzeugung von einem Kilogramm geschlachtete Hühner erforderlich ist.

Bei der Festsetzung dieser Futtergetreidemenge ist der Rat von den Produktionsverhältnissen ausgegangen, die vor einem Jahr in den Mitgliedstaaten festgestellt werden konnten.

Da die Produktion von Hühnerfleisch in der Gemeinschaft laufend verbessert und modernisiert worden ist, empfiehlt es sich, die Futtergetreidemenge, die zur Erzeugung von einem Kilogramm geschlachtete Hühner durch die genannten Verordnungen festgesetzt worden ist, zu verringern.

Der Rat hat ferner durch die Verordnungen Nr. 35 und Nr. 40 den Einschleusungspreis für geschlachtete Hühner festgesetzt.

Bei der Berechnung dieses Einschleusungspreises ist ein für die ausführenden dritten Länder repräsentativer Veredelungskoeffizient von 1 : 2,697 für das Verhältnis zwischen dem Lebendgewicht der Hühner und dem Gesamtgewicht des verbrauchten Futters zugrunde gelegt worden.

Unter Berücksichtigung der modernen Produktionsmethoden in dritten Ländern, insbesondere in den USA, empfiehlt es sich jedoch von einem für die ausführenden dritten Länder repräsentativen Veredelungskoeffizienten von 1 : 2,5 auszugehen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Artikel 1 Absatz (1) der Verordnung Nr. 33 des Rates über die Festsetzung der Futtergetreidemenge, die zur Erzeugung von einem Kilogramm geschlachtete Jungmasthühner erforderlich ist, und Artikel 1 Absatz (1) Buchstabe e) der Verordnung Nr. 41 des Rates über die Festsetzung der Futtergetreidemenge, die zur Erzeugung von einem Kilogramm geschlachtete Enten, Puten, Gänse, Perlhühner und Legehühner erforderlich ist, werden wie folgt geändert:

1. Anstelle von 2,36 kg tritt 2,19 kg
2. Anstelle von 2,80 kg tritt 2,60 kg
3. Anstelle von 3,02 kg tritt 2,80 kg

Artikel 2

Artikel 1 Absatz (1) der Verordnung Nr. 35 des Rates über die Festsetzung des Einschleusungspreises für geschlachtete Jungmasthühner und Artikel 1 Absatz (1) Buchstabe e) der Verordnung Nr. 40 des Rates über die Festsetzung des Einschleusungspreises für geschlachtete Enten, Puten, Gänse, Perlhühner und Legehühner werden wie folgt geändert:

1. Anstelle von 0,62 Rechnungseinheiten
tritt 0,5872 Rechnungseinheiten
2. Anstelle von 0,735 Rechnungseinheiten
tritt 0,6963 Rechnungseinheiten
3. Anstelle von 0,7925 Rechnungseinheiten
tritt 0,7498 Rechnungseinheiten

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am . . . in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Geschehen zu Brüssel am

Im Namen des Rates
Der Präsident